

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

254 (28.10.1899) Abendblatt

Deutsches Reich.

*** Fürst Bismarck und die Flottenfrage.** Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht nach der Korrespondenz des Bundes der Landwirte eine Auslassung des Fürsten Bismarck, die Ende Juli 1897 beim Empfange des damaligen Vorstandes des Bundes der Landwirte über den Rhein-Elbe-Kanal gefallen sei und aus der hervorgeht, daß der Fürst den Mittel-landkanal nicht im Auge gehabt haben könne, wenn er die Zweckmäßigkeit einer Wasserstraße zwischen Rhein und Elbe, wie der Abg. Schmieding am 17. August d. J. erwähnte, empfohlen hat. Aus dem Artikel der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ geht aber keineswegs hervor, was sie als bewiesen hinstellen möchte. Denn mag der Fürst auch die Verlängerung des Nordostsee-Kanals bis Wilhelmshaven Ende Juli 1897 befürwortet haben, so darf deswegen doch nicht die Autorität des Fürsten gegen den Mittel-landkanal ausgespielt werden. Offenbar kommt es der „Korresp. des Bundes“ aber viel mehr darauf an, eine Gelegenheit zur Wiedergabe einer Bismarckschen Auslassung zur Flottenfrage zu haben. Ende Juli 1897 hat sich Bismarck, den Herren Dr. Gabn und Dr. Köstke zufolge, dahin ausgesprochen: er habe die Flotte als eine gute Anstandsflotte erhalten wollen. Schlachten auf hoher See interessieren uns wenig, das Wichtigste sei die Verhinderung einer Blockade unserer Küsten. — Hätte Bismarck diese Reproduktion seiner Worte aus dem Jahre 1897 noch selbst erlebt, so hätte er vermutlich die „Deutsche Tageszeitung“ daran erinnert, daß letztere selbst wiederholt den spanisch-amerikanischen Krieg, die jamaikanischen Wirren und den südafrikanischen Krieg als Ereignisse aufgeführt hat, die eine Verkleinerung der Verstärkung unserer Flotte gemäht machen.

*** „Los von Samoa!“** Die Nachricht, daß in Samoa neue Wirren ausgebrochen seien, und das Gerücht, daß unser Kolonialamt sich mit dem Gedanken befreunde, die deutschen Ansprüche auf die politische Herrschaft von Samoa überhaupt aufzugeben, läßt die „Freisinnige Ztg.“ in den begeistertsten Ausdrücken: „Los von Samoa!“ Die Art, wie dieser Standpunkt in dem Organ des Herrn Richter begründet wird, ist die unverfälschte „deutsche-reisinnige“. Sie hat das deutsche Interesse garnicht, das englische Interesse in einem Umfange im Auge, der das Entzücken jedes Briten erregen muß. Die „Freisinnige Ztg.“ schätzt demgemäß den materiellen Wert Samoas für Deutschland als ganz belanglos ein und zieht den ideellen Wert, den Samoa wegen des dort verflochtenen deutschen Blutes und in Rücksicht auf die internationale Machtstellung des Reiches wegen der letzten Vorzommnisse für Deutschland hat, garnicht in Betracht. Auf diesem Wege gelangt die „Freisinnige Ztg.“ dahin, die Walfisch-Bai als ein genügendes Kompensationsobjekt für den Verlust Deutschlands auf Samoa zu bezeichnen. Das bringt die „Freisinnige Ztg.“ fertig, indem sie ganz offen sagt: „Für England hat das Besitzverhältnis (der Walfisch-Bai) kaum noch eine praktische Bedeutung.“ — Also die „Freisinnige Ztg.“ mutet England das Opfer eines wirklichen Kompensationsobjektes garnicht zu, sondern begnügt sich mit einer Gabe, die für England schlechterdings keinen praktischen Wert hat, und dies, nachdem wir begonnen haben, in Smatopum eine Hafenanlage auszuführen, die immerhin nennenswerte Geldopfer erfordert, dafür aber den Besitz der Walfisch-Bai für Deutschland vollkommen entbehrlieh macht. Stellte sich die „Freisinnige Ztg.“ bei der Behandlung der Samoafrage auf den deutschen nicht auf den englischen Standpunkt, so dürfte sie ferner nicht des langen und breiten vorrechnen, weshalb England Sanibar oder Neu-Guinea für Samoa nicht hergeben könne. „England“, so schreibt das Organ Richters wörtlich, „muß Wert legen auf den Besitz von Sanibar schon wegen des Rückhalts für Uganda und auf Englisch-Neu-Guinea, um eine weitere Annäherung Deutschlands an das Festland von Australien zu verhindern.“ — Wir fragen: Wie kommt ein deutsches Blatt dazu, auf solche Manier den Engländern die Weigerung, wirkliche Kompensationsobjekte für Samoa herzugeben, zu erleichtern? Selbst von rein kaufmännischen Standpunkte aus, vom nationalen Standpunkte einmal ganz abgesehen, muß man von einem deutschen Blatt verlangen, daß es der deutschen Regierung den Abschluß eines Geschäftes nicht durch Verleinerung des deutschen Wertobjektes und gleichzeitige Vergrößerung englischer Kompensationsobjekte verbietet. Konsequenz und Logik hätte die Methode der „Freisinnigen Ztg.“ allerdings dann, wenn sie den Eintausch wertlosen Kolonialbesitzes in der Absicht befürwortete, späterhin den Bericht auf letzteren zu empfehlen, weil er wertlos sei. „Reibungen“ mit anderen Mächten, vor denen die „Freis. Ztg.“ solche Angst hat, kann ja auch wertloser Kolonialbesitz hervorrufen.

*** Als Resultat der bayerischen Arbeiterfrage-Debatte** bezeichnet der oftmals offiziöse „Hamb. Korr.“, daß die bayerische Regierung für ihre Zustimmung zu dem Arbeitswilligengeseh in der That keinerlei Rückhalt in ihrer Volksvertretung findet. „Diese Thatsache ist nicht von unmittelbarem, wohl aber von mittelbarem Einfluß auf die Position der Regierung im Reichstag, und es drängt sich immer stärker die Frage auf, ob es nicht taktisch das Allerbeste wäre, wenn der Entwurf zurückgezogen würde. Ge- seiner Rolle eine Würde und einen fasten Tranerton zu geben, der tief rührt. Herr Gikert als Tristram hat sich Vogl offenbar zum Vorbild genommen; seine Stimme und auch seine dastellende Kraft ist aber noch nicht überall den Anforderungen seiner gewaltigen Rolle gewachsen. Der Kurvenaal Herr Sampreys ist eine achtbare Leistung, weiter nichts. — Der wahre Triumphtor, der diese Belohnung durch sein unermüdetes Streben für Wagner in Frankreich auch überreichlich verdient hat, war aber Lemourez selbst: er führte sein bewundernswürdiges Orchester, das in alle Geheimnisse dieser fürchtbaren Partitur tief eingedrungen ist, mit einer Sicherheit, einem Verständnisse für die verborgenen Schönheiten desselben, einer Ueberzeugung, die das Publikum in pietätvolle Verzückung versetzten. — Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das große Publikum, das zu den zehn Mustervorstellungen des Wertes hinzugelassen wird, die gleichen Eindrücke mit sich nehmen wird, wie die Kritiker, Künstler und Weltmänner, die gestern bis weit über ein Uhr morgens in dem entlegenen Musiktempel der Rue Blanche überwältigt der großen Offenbarung des Bayreuther Meisters lauschten.

Theater und Musik.

*** Großherzogliches Hoftheater.** Am Samstag, den 4. November werden neu einstudiert und zum Teil in neuer Ausstattung die beiden ersten Akte der Wallenstein-Trilogie „Wallenstein's Lager“ und „Die Piccolomini“ in Szene gehen, denen am 7. Sonntag „Wallenstein's Tod“ folgen soll. Die neue Dekoration zu „Wallenstein's Lager“ ist entworfen und ausgeführt von Albert Wolf. Am Donnerstag den 2. wird Ebner-Schönbachs Genrebild „Am Ende“ und Meyers „Danz“, am Freitag den 3. „Der Bettler“ von Benedix wiederholt werden. In der Oper gelangt am Sonntag den 29. Okt. „Margarete“, am Dienstag den 31. Okt. „Das Nachtlager von Granada“, am Samstag, den 5. Nov. „Die Hugenotten“ zur Aufführung.

*** Cyrano von Bergerac in Musik.** Hoflands „Cyrano de Bergerac“ ist von einem jungen Amerikaner, Viktor Herbert, in Musik gesetzt worden. Die Oper „Cyrano“ wurde im Knickerbocker-Theater in New-York aufgeführt und enthält, wie amerikanische Kritiker versichern, eine Menge von musikalischen Feinheiten. Der Komponist Francis Wilson, der die Titelmelodie sang, sprach allerdings wenig an, da er sich für seine Partie einen Ernst und eine Romantik zurechtgelegt hatte, die man dem populären Darsteller burlesker Rollen nicht recht glauben wollte. Es heißt, daß die Titelmelodie umgeschrieben werden wird, um es Mr. Wilson zu ermöglichen, wieder zu der besten Darstellungsmesse zurückzukehren, in der er heimisch ist. Die Oper wird wahrscheinlich auch in London aufgeführt werden.

schiebt es nicht, so bringt er uns höchst unerquickliche Debatten, eine Verschärfung aller Gegensätze innerhalb und außerhalb des Hauses, eine Erhöhung aller sonstigen Aktionen der Regierung, aber höchst schwerlich ein positives Resultat, an dem irgend jemand eine Freude haben könnte.“

Oesterreich-Ungarn.

*** Im österreichischen Abgeordnetenhaus** wendete sich gestern bei der Fortsetzung der Beratung über die Regierungserklärung Pacal gegen Daszypnsti und erklärte, es sei eine Brücke zwischen dem Adel und dem tschechischen Volke gefunden, diese Brücke sei das gemeinsame Interesse des Volkes, welches mit Hinzulassung jeglichen Vorwurfs und Vorrechtes vertreten werde. (Vehementer Beifall bei den Jungtschechen.) Der Ausgleich müsse zwischen allen Vätern des Reiches erfolgen. An den Händen der Regierung liege die Blute. Die jüngste Verordnung des Justizministers bedeute die Korruption des Richterstandes. Eine Regierung, welche ein ganzes Volk in die Opposition geigt hat, könne keine Partei sein. Ein neues Ministerium müsse kommen. Entweder Gerechtigkeit gegen alle Nationen, dann wird Friede sein, oder die Ungerechtigkeit wird fortgesetzt, dann bedeutet das den Kampf zwischen dem Adel und den tschechischen Nationen.“

Nachdem Wachnagm (Ruthene) erklärt hatte, seine Partei halte an dem Programm der Rechte fest, d. h. an der Gleichberechtigung aller Völkerrassen, wurde ein Antrag Rathenau auf Schluß der Debatte angenommen. Das Haus ging über zur Verhandlung des Antrages auf Aufhebung des § 14. Daszypnsti begründete den Antrag.

Es handelte sich hier um eine politische Nachfrage, eine Lebensfrage des Parlamentes, um einen Sieg der unkontrollierbaren absolutistischen Gewalt oder um einen Sieg des Parlamentes. (Zustimmung links.) Das Parlament müsse seine erklämpfte Verfassung und das Recht auf die gesetzgebende Thätigkeit wahren, darum müsse § 14 gestrichen werden. (Beifall.)

Schoenerer beantragte Schluß der Sitzung. Der Antrag wurde aber abgelehnt. Kaiser beantragte den Antrag der Linken auf Erziehung des § 14 durch andere auf wirkliche Vorfälle beschränkte Bestimmungen: Der Paragraph mache die Verfassung illusorisch und biete keinen Schutz gegen Mißbräuche der Verfassung und Willkür der Regierung. Er schloß sich mit einem Appell an die Majorität, daß Recht und Gesetz geachtet werden müßten, dann würden die Deutschen gemeinsam mit der Majorität an die wirtschaftlichen Arbeiten schreiten, wenn nicht, dann müßte die Regierung das Volk besorgen. Hierauf wurde die Debatte abgebrochen. Der Präsident setzte auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung die Vorname der Delegationswahlen. Schoenerer beantragte, die nächste Sitzung am Dienstag abzuhalten und auf die Tagesordnung zu setzen: Notstandsanträge, Anträge auf Vergebung des Ministeriums Thun in den Anlagestand. Für die von Schoenerer beantragte namentliche Abstimmung stimmten nur Schoenerer und Sozialdemokraten. Wolf rief: Der Ausgleich ist ein niederträchtiger Volksbetrug; wer zu den Delegationswahlen wählt, macht sich des Betruges mitschuldig! Dann ruft er gegen die Linke: Schmach und Schande! Das soll auch euch teuer zu stehen kommen! Der Sozialdemokrat Verkauf beantragte, die nächste Sitzung heute mittag abzuhalten mit der Tagesordnung: Festsetzung der Debatte über Beseitigung des § 14, Weglassung der Delegationswahlen. Der Antrag Verkauf wurde mit allen Stimmen gegen diejenigen der Sozialdemokraten, deutschen Volkspartei und Schoenerer abgelehnt. Wolf rief schließlich der Fortschrittspartei zu: Wer Volksbetrug, das wird euch teuer zu stehen kommen! Es werden somit die Delegationswahlen heute vorgenommen. Zwischen Tschechen und Deutschen wird ein Kompromiß vereinbart.

*** Neue Knäuelungen** haben in Kronow, Eshon, Oberjeleni, Buchstehrad und Jopenmauth an den letzten Tagen stattgefunden, wobei Fenstergehäusen in Häusern von Israeliten zertrümmert wurden. Die Wache gestreckte die Menge. In Klado wurde am 24. d. M. abends ein Umzug veranstaltet. Ein aus etwa 600 Personen bestehender Trupp zog jubelnd und singend durch die Straßen; die Gendarmen und die Stadtpolizei gestreckte die Demonstranten, welche bis auf 8000 angewachsen waren, und verbanden einen Zusammenstoß zwischen nationalen und sozialdemokratischen Arbeitern. Viele Fenstergehäusen in Häusern von Israeliten wurden zertrümmert. Der Bezirkshauptmann erließ eine Rundmachung, in welcher die strengsten Maßregeln angedroht werden.

Schweiz.

*** Das eidgenössische Budget für 1900** schließt bei einer Einnahme von 102.270.000 Fres. und einer Ausgabe von 102.990.000 Fres. mit einem Ausgabenüberschuß von 720.000 Fres. ab, also um 1.875.000 Fres. besser als das Budget des laufenden Jahres.

Frankreich.

*** Die Reformen des Generals de Galliffet** lassen die Nationalisten noch immer nicht zur Ruhe kommen und von allen Seiten erheben sich aus dem nationalistischen Lager heftige und verheerende Kritiken des unerschrockenen Vorgehens des Kriegsministers zur Verjüngung der Cadres. Die Entrüstung der Nationalisten wächst bei dem Gedanken, daß ein Civilist der Nachfolger des Generals de Galliffet sein und die von diesem wieder hergestellte Autorität des Kriegsministers ausüben könnte, ohne an die kameradschaftlichen Rücksichten gebunden zu sein, die General de Galliffet immerhin bis zu einem gewissen Grade gelten ließ. Es ist aber höchst fraglich geworden, ob die Nationalisten sich dazu entschließen werden, den General de Galliffet in der Kammer zur Rede zu stellen, da eine Interpellation zweifellos ihre Niederlage besiegeln würde und sie keine große Lust haben, sich einer solchen auszusetzen. Sie begnügen sich deshalb damit, ihre Organe mit Verwünschungen und Angriffen gegen den Kriegsminister zu erfüllen. Dieser läßt sie schreiben und toben und setzt seine reformatorische Thätigkeit fort. Gegenwärtig ist der Kriegsminister damit beschäftigt, die Zahl der „außer Cadres“ befindlichen Offiziere möglichst zu beschränken. Der General de Galliffet meint nämlich, daß die Offiziere schließlich nur für den aktiven Dienst geschaffen sind. Den Anfang machte der Kriegsminister damit, daß er einem jeden der permanenten Inspektoren der Kavallerie einen Ordonnanz-Offizier entzog. Die mit der Inspektion der Kavallerie betrauten Generale haben keinen ständigen Generalstab und erhielten für ihre in bestimmten Zeitabschnitten vorzunehmenden Missionen nur zwei Ordonnanz-Offiziere. General de Galliffet findet nun, daß ein einziger Ordonnanz-Offizier für die geringe Arbeit vollständig genügt und deshalb sind sechs Kavallerie-Offiziere wieder ihren Regimenten einverleibt worden. Natürlich wird die Unterdrückung der Einleuten tiefen Stoll hervorrufen, aber daran kehrt der Kriegsminister sich nicht weiter.

Baden und Nachbarländer.

*** Bretten, 28. Okt.** Die Diözesansynode, welche am 26. Oktober in der hiesigen St. Michaelskirche tagte, wurde von Herrn Dekan Specht mit einer Ansprache und dem üblichen Bericht über die kirchlichen Zustände und die statistischen Verhältnisse der Diözese eröffnet. Es folgten die Referate über die Fragen: „Welche Änderungen haben die einzelnen Gemeinden durch Zunahme der industriellen Bevölkerung in den letzten zehn Jahren in kirchlicher Beziehung erlitten, und welche Anforderungen stellen dieselben an die Seelsorge?“ und: „Was geschieht in den einzelnen Gemeinden, um die fehlenden christenlehrenden Jesuiten und zu ihrer Pflicht zurückzuführen; inwiefern wirkt der Kirchengemeinderat dazu mit?“ — Es schloß sich daran eine lebhafte Diskussion. Da der vorjährige Beschluß der Synode, die Kirchweihen des Bezirks auf einen Tag zu verlegen, erst teilweise verwirklicht wurde, so soll der Antrag den Bezirksämtern Bretten und Bruchsal wiederholt vorgelegt werden. Ferner war voriges

Jahr eine Eingabe sämtlicher Gemeinden an das Bezirksamt beschloffen worden behufs Einführung sogenannter besonderer Ortsstatuten zur Eindämmung der Zuchtlosigkeit der Jugend. Da das Bezirksamt erklärte, daß keine gesetzliche Handhabe für ein Vorgehen nach dieser Richtung vorhanden sei, d. h. daß man wohl in den einzelnen Gemeinden beratliche Bestimmungen einführen könne, aber nicht strafen dürfe, so beschloß die Synode, eine Eingabe an die beiden Kammer zu richten, daß gesetzliche Bestimmungen herbeigeführt werden zur Ermöglichung solcher Ortsstatuten. Nach einem Vortrag von Herrn Lamerdin über Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung erstattete Herr Kirchengemeinderat Dornwald den Bericht über die Diözesansynode. Der Umlagefuß von 10 Pfg. auf den Stimmberechtigten wurde genehmigt. Den Schluß der Verhandlungen bildeten die Wahlen, wobei die austretenden Mitglieder wieder gewählt wurden.

bn. Baden-Baden, 28. Okt. Minister v. Brauer hielt heute vormittag beim Großherzog Vortrag. — Der Reichskanzler erhielt heute vormittag den Besuch des Großherzogs von Oldenburg. Nachmittags begab sich der Reichskanzler zum Vch. Kommerz. Rat Krupp, woselbst er zu Tische geladen war.

bn. Karlsruhe, 28. Okt. In der weltbekannten Sichorienfabrik von C. Trampier, Besitzer Max Feilhaus, brach heute vormittag 10 Uhr beim Darrofen Nr. 3 ein Brand aus, der trotz sofortiger Anwendung der vorrätigen Feuerschutzmittel in wenig Minuten mit unheimlicher Schnelligkeit das ganze westliche Darggebäude ergriff. Den energischen Bemühungen der Feuerwehre gelang es, die übrigen Fabrikgebäude zu retten. Der Betrieb ist nicht gestört. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

*** Straßburg, 27. Okt.** Vom 30. Oktober bis 3. November soll (wie bereits gemeldet) durch eine Kommission der Königl. preussischen Akademie der Bauwissenschaften, welcher sich Abgeordnete der Regierungen der angrenzenden Uferstaaten anschließen hätten, von Basel bis Mannheim eine Rheinfahrt unternommen werden, um das Material für ein Obergutachten über die bei einer Regulierung des Obertheins in Betracht kommenden Faktoren zu erhalten. Es hat wirklich den Anschein, als ob die Frage der Rheinregulierung, die demnächst ihr 25jähriges Jubiläum feiern kann, nicht über das Stadium der Unter- und Obergutachten hinauskommen soll. Das letzte Gutachten ist, so viel uns bekannt, im Jahre 1895 von dem Oberbau-Inspektor Franzius in Bremen, einer Autorität auf wasserbautechnischem Gebiete, erstattet worden. Er sprach sich für die Möglichkeit der Regulierung aus und empfahl für dieselbe das System der unterbrochenen Leitärdämme, die je nach örtlichem Bedürfnis mit Querschnitten aus der Ufer des Mittelwasserbettes zu versehen wären. Die bisherigen Regulierungsversuche des oberen Rheines haben sich im wesentlichen auf die Festlegung eines Bettes für Mittelwasser beschränkt und konnten natürlich nicht verhindern, daß sich bei kleinerem Wasser eine oder mehrere Kuren bilden, welche sich von einem Ufer zum andern schlängeln, aber durch die vorzugsweise bei freigem Wasser erfolgende Bewegung der Geschiebe in ihrer Lage keineswegs Dauer besitzen, sondern sich fast unaufhörlich mit den Geschiebebetten verändern. In der Abheilung dieser Uebelstände beruht die Rheinregulierung, die für das Niedrigwasser ein ebenso festliegendes Bett herzustellen hat wie für das Mittelwasser. Es ist daher nicht recht einzusehen, wozu noch ein weiteres Obergutachten zu seinen zahlreichen Vorgängern eingeholt werden soll, da das heutige Strombild verhältnismäßig wieder ein ganz anderes ist als bei der letzten Expertise. Fast könnte man auf den Gedanken kommen, als habe ein Schalk in irgend einem der beteiligten Finanzministerien, das nicht gern in die Tische greifen will, die Idee der neuesten Stromfahrt angeregt, um die nachgedachte recht langweilig werdende Geschichte in ein Stadium der Verschleppung zu leiten.

*** Metz, 28. Okt.** Bischof Franz Ludwig Fiedl ist heute morgen 2 Uhr im Alter von 75 Jahren gestorben. Es war der 97. Bischof von Metz und Nachfolger des 1886 verstorbenen Bischofs Du Pont des Loges. Seine 13jährige Amtsherrschaft ist durch keine bedeutenden Vorzommnisse ausgezeichnet. Von seiner Geistlichkeit hat er sich scheidend in einem rührenden Rundschreiben verabschiedet.

*** Oettingen, 28. Okt.** Der Begründer der renommierten Orgel- und Harmoniumfabrik, Herr Kommerzienrat Steintmeier aus Oettingen in Bayern, wurde anlässlich der Feier seines 80. Geburtstages zum Ehrenbürger seiner Vaterstadt Oettingen ernannt. Dem greisen Jubilar stehen mehrere verheiratete Söhne zur Seite, welche als tüchtige Orgelbaumeister dem Geschäft, das immer größere Ausdehnung gewinnt, vorstehen und daselbst mit großer Umsicht weiter führen. Wie wir hören, ist auch der Bau der neuen, großen Orgel für die Christuskirche in Karlsruhe der Firma G. F. Steinmeyer übertragen worden.

*** SRK. Polnische Arbeiter in Baden.** Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter beauftragt, zu erheben, in welchen Orten und in welchem Umfang seither ausländisch-polnische — das ist russische oder österreichische, nach Sprache und Abstammung polnische — Arbeiter beschäftigt worden sind, ob in landwirtschaftlichen Betrieben oder Nebenbetrieben oder in Gewerbe und Industrie oder etwa im Gesundheitsdienst, ob ihre Gesundheitsverhältnisse zu Beanstandungen Anlaß gaben, ob sie etwa nur in der Zeit vom 1. März bis 1. Dezember oder auch zur Winterzeit beschäftigt waren, oder ob sie jeweils über die Winterzeit in ihre Heimat zurückkehrten und ob, wenn sie auch über den Winter in ihrer Beschäftigung verblieben sind, angemessen ist, daß sie sich etwa im Lande ansiedeln wollen. Die Bezirksämter sollen ferner erheben, ob sich etwa die Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter als ein Bedürfnis herausgestellt hat. Bekanntlich läßt die preussische Regierung die Beschäftigung solcher Arbeiter mit Ausnahme der vier russischen Provinzen überhaupt nur in der Landwirtschaft und in deren Nebenbetrieben, nicht aber in der Industrie, im Gewerbe oder gar im Gesundheitsdienst und auch dies nur in der Zeit vom 1. März bis 1. Dezember (bzw. 14. Dezember) zu und sie hat Maßregeln getroffen, um eine dauernde Ansiedelung der bezeichneten Arbeiter im Lande zu verhindern. Sollten einzelne badische Arbeitgeber Wert darauf legen, ausländisch-polnische Arbeiter zu beschäftigen, so haben die Bezirksämter festzustellen, ob die Arbeitgeber sich eventuell verpflichten würden: a) die Beschäftigung auf einzelstehende Personen zu beschränken, also die Beschäftigung von Familien (Eheleuten mit oder ohne Kinder) auszuschließen; b) die Beschäftigung zugelassener Arbeiter von den übrigen Arbeitern absondern und getrennt nach Geschlechtern unterzubringen; c) dieselben sofort bezirksärztlich untersuchen zu lassen; d) diejenigen Kosten zu erstatten, welche durch einen, nach dem Ermessen der Behörde etwa nötig werdenden Rücktransport der Arbeiter in ihre Heimat bis zur Grenze nach Abschluß der Beschäftigungszeit entstehen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 28. Oktober.
— **J. S. B. die Großherzogin** ist heute nachmittag 4.08 Uhr von Mannheim nach Baden-Baden hier durchgereist.
— **Frequenz der Technischen Hochschule.** Zum erstenmal seit dem Bestehen der Technischen Hochschule wurde heute, am 27. Okt., bei der Einschreibung der Studierenden die Zahl 1000 überschritten. An Hospitanten und Zuhörern sind bis jetzt aufwärts 62 zugelassen. Da die Einschreibungen noch nicht beendet sind, wird eine Gesamtfrequenz für das laufende Wintersemester von mehr als 1100 erwartet.

— **Lotterie zu Gunsten der Auferstehungskirche.** Die Aufstellung der zugunsten der Auferstehungskirche hier bestimmten Verlosungsggegenstände, im ganzen 705 Gewinne, bestehend in Gold- und Silberwaren, Stand-, Wand-, sowie goldenen und silbernen Taschenuhren und Ketten, Schmuck, Luxus- sowie Gebrauchsgegenständen aller Art, feinen Del- und Aquarellbildern, eingerahmten Stahl- und Kupferstichen nebst einer Menge feiner und gediegener Handarbeiten hat am Sonntag begonnen und werden zu deren Beschäftigung im Baden Kaiserstraße Nr. 221 alle

